

Wien, am Dienstag, den 21. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1926.

FORTSETZUNG DER BERATUNGEN DES VORANSCHLAGES

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung und Gemeinderat Haider setzt seine Rede fort. Ich bin am Schlusse meiner gestrigen Ausführungen auf die Frage des Koalitionsrechtes zu sprechen gekommen. Was die Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet schon gesündigt hat und sündigt, das spottet jeder Beschreibung. Sie sind wohl auch von der Richtigkeit unserer Meinung überzeugt. Es hat noch keine Verwaltung mit einer solchen Rücksichtslosigkeit dem Koalitionsrecht zuwidergehandelt als Sie. Sie scheuen sich nicht, in der verschiedensten Art den Angestellten Ihre Macht fühlen zu lassen. Es gibt für die Angestellten kein Recht der freien Meinungsäußerung. Wir haben also viel Beweise dafür, dass Sie in rücksichtslosester Weise den Angestellten büßen lassen, wenn er es wagt christlich zu denken und christlich organisiert zu sein. Christlich organisierte Angestellte schliessen Sie von den Avancementen aus und von den Remunerations. Die Voraussetzung für die Aufnahme in Ihren Dienst ist die Eughörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Beim Bund sind auch Sozialdemokraten beschäftigt, der Bund wahrt das Koalitionsrecht. Wenn sich der Bund auf diesen Standpunkt stellt, mit welchem Recht missbrauchen Sie Ihre Macht.

Wir legen Wert darauf, die Budgetdebatte sachlich zu führen und unsere Angriffe gegen die Gemeindeverwaltung mit entsprechenden Beweisen zu belegen. Da wurden zum Beispiel christliche Strassenbahner von Strassenbahnhöfen, wo sie schon zwanzig Jahren Dienst machten, versetzt. Wenn man Sie fragte warum, gaben Sie uns zur Antwort, aus Dienstverhältnissen. Das ist natürlich nicht wahr. Sie haben nicht den Mut zu sagen, es geschehe aus parteipolitischen Gründen, mit diesen drakonischen Verbrechen wollen Sie die christlichen Angestellten müde machen. Sie werden aber kein Glück haben. Je frivoler Sie das Koalitionsrecht missbrauchen, desto treuer bleiben die christlichen Angestellten Ihrer Gedinnung.

Woher Ihr Hass gegen das Christentum, gegen die christlichen Angestelltenorganisationen. Weil sich die christlichen Organisationen auf dem Boden des positiven Gottesglauben gestellt haben und weil Bebel gesagt hat, das Grundprinzip des Sozialismus ist Gottesleugnung. Sie wollen uns plausibel machen, Religion sei Privatsache, das ist selbstverständlich eine Lüge. Wir verlangen, dass auch unsere Weltanschauung respektiert werde und das Gesetz der Moral und Anständigkeit.

Man kann mir gewiss nicht den Vorwurf machen, dass ich nicht sachlich gewesen sei. Ich will nun zum Schlusse feststellen, dass wir noch immer unter den Folgewirkungen und Begleiterscheinungen des Krieges zu leiden haben. Es gibt nun Leute, die glauben, es als ihre Pflicht zu erachten, die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf das Schuldkonto der christlichsozialen Partei zu buchen. In hunderten von Versammlungen wird diese Frage besprochen und die Sozialdemokraten sagen dort, es ist die Seipelregierung schuldtragend an unserem Elend. Wir sagen, dass die Gemeindeverwaltung überhaupt nur noch budgetieren kann, weil die Seipelsanierung gekommen ist. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen der

ziemlich lange anhält). Die Verwaltung der Stadt verdankt es der Stabilisierung der Krone, dass sie im Jahre 1925 mit einem so gewaltigen Überschuss abschliessen konnte. Nur Urteilslose können glauben, dass an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen die Christlichsozialen schuldig sind. Sie sagen, dass wir den Krieg heraufbeschworen haben. Wie unwahr diese Behauptung ist, geht daraus hervor, dass die Sozialdemokraten den Krieg bejubelt haben. Die Sozialdemokraten sind schuld an den heutigen wirtschaftlichen Zuständen. (Langanhaltender Beifall der Christlichsozialen) Vorsitzender Gemeinderat Schorsch gibt das Glockenzeichen, der Beifall verstummt und Gemeinderat Untermüller (chr. soz.) ruft: Dem ist der Beifall zu stürmisch! Gemeinderat Haider verliest nun Auszüge aus Artikeln von sozialdemokratischen Zeitschriften aus dem Jahre 1915, in denen der Krieg begrüsst wird. Er sagt, dass damals der Krieg von den Sozialdemokraten bejubelt wurde, während heute versucht wird, die Kriegsschuld auf die Christlichsozialen abzuwälzen. Es gibt keine Partei, die es in solcher Weise verstanden hätte, nach dem verlorenen Krieg Nutzniesser zu werden. (Beifall bei den Christlichsozialen). Da Gemeinderat Haider eine längere Pause macht, ersucht der Vorsitzende ihn fortzufahren. Gemeinderat Haider spricht die Hoffnung aus, dass Stadtrat Breitner dazu gebracht werden wird, von der Ungeheuerlichkeit seines Verbrechens auf dem Gebiete der Steuerpolitik abzugehen, dass Einkehr gehalten wird bezüglich der Behandlung des Personals. Wenn nach diesen beiden Richtungen etwas geschieht, dann haben die christlichsozialen Gemeinderäte in dieser grossen Sache gut getan. Ich weisse nicht, wie berechtigt diese Hoffnungen sind.

G.R. Untermüller (chr. soz.) Gar nicht!G.R. Huber (chr. soz.): Lasst sie lieber sinken. Sie sind unlehrbar!

G.R. Haider schliesst seine mehr als sechstündige Rede mit folgenden Worten: Dieses Budget, ein Budget der Unaufrichtigkeit, ein Budget mit seinen Steuern, ein Budget des Ruins unserer ganzen Volkswirtschaft ist für uns unannehmbar. Es werden die kulturellen Rechte der Angestellten, Beamten und Arbeiter der Gemeinde rücksichtslos unterdrückt, ihre Ueberzeugung wird mit Füssen getreten. Wir betonen nochmals, dass wir dieses Budget ablehnen. (Starker, langanhaltender Beifall bei den Christlichsozialen. Die Parteigenossen des Redners eilen zu seinem Platz und beglückwünschen ihn.)

Als der Beifall sich gelegt hat, teilt der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch mit, dass Gemeinderat Zimmerl vom Präsidium die Richtigstellung verlangt hat, dass der gestern von ihm gestellte Antrag unzulässig sei. Der Vorsitzende verweist auf die gestrige Erklärung des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit und meint, dass eine weitere Erklärung sich erübrige.

Während dieser Mitteilung ist ein grosser Teil der sozialdemokratischen Gemeinderäte in den Sitzungssaal gekommen.

G.R. Untermüller ruft: Wegen dem haben Sie hereinkommen müssenSt.R. Rummelhardt: Vor dem versammelten Volk musste die Blamage des Bürgermeisters mitgeteilt werden!

Der Vorsitzende erteilt nun dem nächsten Redner in der Generaldebatte, dem christlichsozialen Gemeinderat Stöger das Wort. Es ist viertel ein Uhr geworden. Gemeinderat Stöger spricht bis ein Uhr mittag. Die Sitzung wird dann geschlossen und Gemeinderat Stöger wird seine Rede um fünf Uhr nachmittags fortsetzen.

21/12

F. V. 1941